



Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Band 53

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
Herausgegeben von Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz
Redaktion: Wolfgang Benz und Hermann Graml

R. Oldenbourg Verlag München 1986

Werner Bührer

Ruhrstahl und Europa

Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie
und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952

ROU (1986)
00070

R. Oldenbourg Verlag München 1986

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Bührer, Werner:

Ruhrstahl und Europa : d. Wirtschaftsvereinigung Eisen- u.
Stahlindustrie u. d. Anfänge d. europ. Integration
1945–1952 / Werner Bührer. – München : Oldenburg,
1986.

(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für
Zeitgeschichte ; Bd. 53)

ISBN 3-486-64553-6

NE: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / Schriftenreihe

© 1986 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf deshalb der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Satz und Druck: Appl, Wemding

Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-64553-6

Inhalt

Einleitung	7
Erster Teil: Bestandsaufnahme	15
Zweiter Teil: Die Reorganisation des stahlindustriellen Interessenverbandes . . .	31
I. Erste verbandspolitische Maßnahmen und Vorschriften britischer Besatzungsbehörden	31
II. Vom informellen zum formellen Verband	34
1. Die Wiederaufnahme der Verbandsarbeit	34
2. Halbamtliche oder private Interessenorganisation?	38
3. Die Gründung der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie im März 1946	41
III. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie zwischen Krise und Konsolidierung 1946/47–1950	46
1. Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie und die Krise der Wirtschaftsvereinigung	46
2. Neuorganisation und Konsolidierung der Wirtschaftsvereinigung	51
Dritter Teil: Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration	57
I. Internationalisierung oder „nationale“ Rekonstruktion? Alliierte und deutsche Planungen 1945–1947	57
II. Überlegungen und Initiativen im Kontext beginnender westeuropäischer Zusammenarbeit 1947–1950	68
1. Rahmenbedingungen	68
a) Der Wandel der westalliierten Deutschland- und Ruhrpolitik	68
b) Anfänge institutionalisierter Wirtschaftskooperation	74
c) Außenpolitische Neuorientierung in Westdeutschland	81
2. Impulse des Marshallplanes	84
a) Vorschläge aus der Stahlindustrie zur internationalen Wirtschaftskooperation	84
b) Produktions- und Exportplanungen im Zeichen des Marshallplanes	95
c) Demontage und Marshallplan	105

3. Deutsch-französische Verständigung	113
a) Von informellen zu formellen Kontakten	113
b) Pläne zu einer deutsch-französischen Wirtschaftsverständigung	126
c) Deutsch-französische Handelsvertragsverhandlungen	137
4. Die Debatte um Ruhrstatut und Ruhrbehörde	143
5. Pläne für ein internationales Stahlkartell	156
III. Westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie und Schumanplan 1950–1952	165
1. Die französische Initiative	165
2. Reaktionen, Bewertungen, Forderungen	170
3. Die Kontroverse um die politisch-organisatorische Vorbereitung der Schumanplan-Konferenz	179
4. Die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie in den Schumanplan-Verhandlungen	185
a) Zwischen Opposition und Kooperation	185
b) Stahlindustrielle Interessenvertretung in den Vertragsverhandlungen	190
5. Zwischenbilanz	203
6. Zwischen Paraphierung und Ratifizierung des EGKS-Vertrages	206
a) Kandidatensuche	207
b) Auf dem Weg zur „Gleichberechtigung“	209
Zusammenfassung	217
Abkürzungen	221
Quellen- und Literaturverzeichnis	223
Personenregister	234

Einleitung

Die „Stagnation des europäischen Aufbauwerkes“, die die Kommission der Europäischen Gemeinschaften in ihrem Gesamtbericht für das Jahr 1984 eher beiläufig konstatierte¹, ist zwar beileibe kein neues Phänomen; vor dem Hintergrund der tiefgreifenden und anhaltenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den Ländern der „Europäischen Gemeinschaft“ dringt dieser Zustand jedoch zunehmend stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit, klaffen immer größere Lücken zwischen westeuropäischer Realität und europapolitischer Rhetorik. Weder der Beitritt neuer Mitglieder noch die Direktwahlen zum Europäischen Parlament haben bislang die mancherorts erhofften Integrationsimpulse erbracht. Trotz lebhafter Diskussion in der politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit über den einzuschlagenden Kurs ist ein Ausweg aus der Krise nicht in Sicht, besorgte Beobachter warnen vor „Europessimismus“ und „Eurosklерose“². Angesichts dieser Situation wird der Ruf nach neuen „Visionen“ laut, nach der Rückkehr zum „Kerneuropa“ der Sechs und „deutsch-französischen Schrittmacherdiensten“ für einen neuen Integrationsanlauf. „Europa“, so geht die Klage, trage „für viele seinen Wert nicht mehr fraglos in sich selbst“, zunehmend äußerten sich wieder nationale Egoismen³. Die Gründerjahre der Gemeinschaft avancierten vor diesem Hintergrund zum verklärten Leitbild frustrierter Europaanhänger und routinierter Europapolitiker.

Die vorliegende Studie will zur Aufhellung der Motive und Interessen beitragen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die ersten Integrationsschritte in Westeuropa ermöglichten und begünstigten. Die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie und die Einstellungen und Beiträge ihrer Repräsentanten zum Einigungsprozeß sind Gegenstand der Untersuchung; Ziel ist es darzustellen, warum und wie aus dieser „traditionellen Kerntuppe des deutschen Wirtschaftsnationalismus“⁴ ein – wenn gleich nicht ganz freiwilliger und auch nur zeitweiliger – Protagonist westeuropäischer Zusammenarbeit wurde, wie – potentiell widersprüchliche – „nationale“, Verbands- oder Firmeninteressen mit dem „Europagedanken“ verknüpft, welche

¹ Achtzehnter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften 1984, Brüssel-Luxemburg 1985, S. 20.

² Herbert Giersch, Ein Liberalisierungs-Club gegen Eurosklерose, in: FAZ v. 10. 11. 1984, S. 17.

³ Werner Weidenfeld, Was ist die Idee Europas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 23–24/1984, S. 3–11, hier S. 8. Vgl. auch Peter Reichel, Was blieb von der Europa-Euphorie? in: ders. (Hrsg.), Politische Kultur in Westeuropa, Frankfurt/Main 1984, S. 292–319.

⁴ George W. F. Hallgarten, Joachim Radkau, Deutsche Industrie und Politik, Frankfurt/Main-Köln 1977, S. 477.

Traditionslinien dabei aufgenommen und wie auf diese Weise entwickelte Konzepte in die politischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse eingespeist wurden.

Der Zugriff auf die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie erfolgt über ihren „freien“ Interessenverband, die „Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie“ (WVESI). Ein solches Vorgehen wäre nicht weiter problematisch, wenn man das Selbstverständnis von Verbänden für bare Münze nehmen würde, nämlich: Repräsentanten der jeweiligen Industriesparte zu sein oder, im Falle des Spitzenverbandes, der Industrie insgesamt. Doch die Deckungsgleichheit der Interessen und Ziele eines Verbandes mit denen „seiner“ Industrie kann nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden. Einmal besteht hier das grundsätzliche methodische Problem, „die“ Interessen eines Industriesektors zu bestimmen. Zum anderen kann es vorkommen, daß die Verbandspolitik diktiert wird von den Wünschen eines oder weniger Großunternehmen oder, umgekehrt, ein Verband eine relativ eigenständige Politik verfolgt. Gerade in einer Zeit, in der die einzelnen Unternehmen vorrangig mit ihrer Konsolidierung beschäftigt waren, dürfte das „Eigengewicht“ der Verbandsführungen vergleichsweise groß gewesen sein⁵. Gravierende Konflikte zwischen Werken und Verband traten in der Stahlindustrie im Untersuchungszeitraum, von einer Ausnahme abgesehen, jedoch nicht auf; Programmatik und Politik des Verbandes konnten sich der Zustimmung der Mitglieder im großen und ganzen sicher sein. Die Konzentration auf die Wirtschaftsvereinigung erscheint somit nicht nur aus forschungspragmatischen Gesichtspunkten gerechtfertigt. Überdies werden differenzierte Aussagen zur Haltung einzelner Schwerindustrieller unschwer über die Rekonstruktion der verbandsinternen Diskussionsprozesse möglich sein.

Methodischer Zugriff und inhaltliche Perspektive der Arbeit ließen es zweckmäßig erscheinen, diesen Verband, den Hauptakteur in der folgenden Untersuchung, ausführlicher vorzustellen, zumal die Erforschung des industriellen Verbandswesens nach 1945 noch am Anfang steht⁶. Nach einem ersten, die Bilanz des Krieges aus stahlindustrieller Sicht rekapitulierenden Abschnitt wird im zweiten Teil der Studie deshalb die organisatorische Entwicklung des Verbandes vom Kriegsende bis Anfang der fünfziger Jahre in den wichtigsten Zügen nachgezeichnet.

⁵ Diese Annahme ebenda, S. 466.

⁶ Brauchbares veröffentlichtes Material zur WVESI liefert lediglich Hans Dichgans, 100 Jahre stahlwirtschaftliche Verbände, in: Stahl und Eisen (SuE) 94 (1974), S. 994–1005. Die erste branchenübergreifende Studie auf der Grundlage staatlicher und Kammerarchivalien ist die unveröffentlichte Magisterarbeit von Werner Plumpe, Die Entstehungsphase des industriellen Spitzenverbandes im britischen und amerikanischen Besatzungsgebiet nach dem Zweiten Weltkrieg im Spiegel der öffentlichen Meinung (Bochum 1979). Seit kurzem liegen vor ders., Wirtschaftsverwaltung und Kapitalinteresse im britischen Besatzungsgebiet 1945/46, in: Dietmar Petzina, Walter Euchner (Hrsg.), Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945–1949, Düsseldorf 1984, S. 121–152; Diethelm Prowe, Unternehmer, Gewerkschaften und Staat in der britischen Besatzungszone bis 1950, in: ebenda, S. 235–254. Einen knappen, zuverlässigen Überblick bieten Ingo Tornow, Die deutschen Unternehmerverbände 1945–1950. Kontinuität oder Diskontinuität, in: Josef Becker, Theo Stammen, Peter Waldmann (Hrsg.), Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 1979, S. 235–260, und neuerdings Volker Berghahn, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt/Main 1985, bes. S. 60–67.

Beiträge zur Verbandsgeschichte nach 1945 entstanden bislang überwiegend im Rahmen und als „Nebenprodukte“ von Untersuchungen zur Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik⁷. Daneben existiert eine recht umfangreiche Erinnerungs- und Festschriftenliteratur, die freilich oft jegliche kritische Bewertung vermissen läßt⁸. Entgegen dem in diesen Rückblicken, aber auch in einigen „marxistischen“ Arbeiten vermittelten Bild eines reibungslosen und planmäßigen Verlaufs ging der Wiederaufbau der Unternehmerverbände keineswegs so glatt vonstatten. Beispielsweise gab es nicht selten Konflikte zwischen den Industrie- und Handelskammern, die von den westalliierten Militärbehörden oft als erste deutsche „amtliche“ Institutionen anerkannt bzw. eingesetzt wurden, und den Wirtschaftsverbänden, die zunächst als reine Interessenvertretungen der Industrie nicht bei allen verantwortlichen Besatzungsoffizieren Anerkennung fanden. Der „Verbandsteil“ der folgenden Untersuchung konzentriert sich indessen auf die Darstellung der Reorganisation des „freien“ Unternehmerverbandes der Eisen- und Stahlindustrie. Dieser Reorganisationsprozeß, so wird zu zeigen sein, verlief bis Mitte 1947 relativ ungestört. Der Einzug von Arbeitsdirektoren in den WVESI-Vorstand, eine Folge der im Zuge der Entflechtung eingeführten Mitbestimmungsregelung, hatte wohl Auswirkungen auf die interne Interessenregulierung, bedeutete aber in funktionaler Hinsicht keinen Bruch; nach dieser „Krise“ schritt die Konsolidierung denn auch weiter voran. Die nach außen gerichtete Arbeit des Verbandes – die Bemühungen um höhere Preise und um Kredite, die Erfassung von Kriegsschäden und verbliebenen Kapazitäten, steuerpolitische Initiativen, der Kampf gegen Demontagen und Entflechtungsmaßnahmen, um nur die wichtigsten Tätigkeitsfelder zu nennen –, die fraglos zur Festigung des Verbandes wesentlich beitrug, wird allerdings nur insoweit berücksichtigt, als sie für die Formulierung europapolitischer Positionen und Konzepte und daraus resultierende Aktivitäten der Wirtschaftsvereinigung von Bedeutung war.

Der dritte Teil der vorliegenden Untersuchung behandelt die Überlegungen, Konzeptionen und Aktivitäten stahlindustrieller Kreise zur wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit in Westeuropa. Die Gliederung dieses Teiles orientiert sich an den Etappen der Westintegration Westdeutschlands. Zunächst sollen erste alliierte und deutsche Pläne und Vorschläge zur Zukunft des Ruhrgebietes und zum Wiederaufbau der westdeutschen Stahlindustrie dargestellt werden (1945–1947). Daran anschließend werden die Jahre der beginnenden westeuropäischen Orientierung und des Aufbaus der ersten europäischen Institutionen und die entsprechenden Überlegungen und Aktionen der WVESI beschrieben (1947–1950). Der letzte Abschnitt hat die verbands- und brancheninterne Diskussion über den Schumanplan, die Versuche zur Beeinflussung der Vertragsverhandlungen und die Bewertung der Montanunion nach der Konstituierung der Hohen Behörde zum Thema (1950–1952).

⁷ Stellvertretend seien hier genannt: Rolf Badstübner, *Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung*, Köln 1975; Peter Brandt, *Antifaschismus und Arbeiterbewegung*, Hamburg 1976; Friedrich Jerchow, *Deutschland in der Weltwirtschaft 1944–1947*, Düsseldorf 1978.

⁸ Als wichtigstes Werk dieser Gattung sei genannt: *Fünf Jahre BDI*, Bergisch-Gladbach 1954.

Die Haltung westdeutscher schwerindustrieller Kreise zum Schumanplan wird in der Literatur unterschiedlich interpretiert: Während manche Autoren glauben, daß von Anfang an, bei allem Beharren auf „Gleichberechtigung“, die in der französischen Initiative enthaltenen günstigen Perspektiven klar erkannt worden seien⁹, heißt es in einer anderen Untersuchung, „die“ Schwerindustrie habe sich ablehnend verhalten, weil sie ihre Wettbewerbsfähigkeit bedroht sah¹⁰. Tatsächlich waren beide Auffassungen anzutreffen – wobei nicht wenige Verbands- oder Konzernvertreter zwischen diesen Positionen hin und her schwankten. Damit ist auch die von Industriekreisen häufig behauptete Vorreiterrolle im Einigungsprozeß angesprochen: Noch seien die Politiker „zu stark von Gedanken des Prestiges und der Souveränität befangen“, kritisierte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie im Dezember 1950, „vielleicht hat die Wirtschaft die große Aufgabe, hier mit gutem Beispiel voranzugehen“¹¹. Auch von geschichtswissenschaftlicher Seite ist ja eine „Priorität“ der Industrie konstatiert worden, die daraus resultiere, daß die Industrie kontinuierlich arbeite und so politische Entscheidungsprozesse vorstrukturieren könne¹². Anhand dieser Untersuchung wird es möglich sein, ein genaueres Bild davon zu gewinnen, wie eine solche Vorstrukturierung im Falle der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) ausgesehen hat, welche Bedeutung schwerindustrieller Wirtschaftsdiplomatie insbesondere im Hinblick auf die deutsch-französische Verständigung zukam. Ob darüber hinaus auch konzeptionelle Beiträge geleistet wurden und von wem, wird zu prüfen sein.

Die schließlich mit der EGKS realisierte Form wirtschaftlicher Integration, vor allem die supranationalen, „fremde“ Einflüsse ermöglichenden Strukturen und Regeln – dies ist eine der zentralen Thesen dieser Studie –, entsprach nicht den Wünschen und Erwartungen der meisten westdeutschen Stahlindustriellen. Von diesen Kreisen favorisierte Formen der Zusammenarbeit wären entweder lockerer oder rein privatwirtschaftlich organisiert gewesen. Damit wird bereits Stellung bezogen in einer sich andeutenden Kontroverse über den wettbewerbspolitischen Charakter der Montanunion: Im Gegensatz zu Gillingham, für den Schumans Vorschlag „eher auf eine Erweiterung der alten internationalen Schwerindustriellenkartelle“ abzielte¹³, glaubt Berghahn, daß es letztlich doch um die „Amerikanisierung des europäischen Indu-

⁹ Vgl. Siegfried Thomas, *Der Weg in die NATO. Zur Integrations- und Remilitarisierungspolitik der BRD 1949–1955*, Frankfurt/Main 1978, S. 133 f.; John Gillingham, *Die Europäisierung des Ruhrgebiets: Von Hitler bis zum Schuman-Plan*, in: Kurt Düwell und Wolfgang Köllmann (Hrsg.), *Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter*, Bd. 3: *Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Land Nordrhein-Westfalen*, Wuppertal 1984, S. 179–189.

¹⁰ Rudolf Mittendorfer, *Robert Schuman – Architekt des neuen Europa*, Hildesheim-Zürich-New York 1983, S. 181. Mittendorfer stützt sich bei diesem Urteil ausschließlich auf eine ältere Arbeit von F. Roy Willis, *France, Germany and the New Europe 1945–1963*, Stanford/Cal. 1965, S. 93.

¹¹ Fritz Berg anläßlich der Konstituierung eines „Europa-Ausschusses“ des BDI am 8. 12. 1950, zit. n. *Fünf Jahre BDI*, S. 175.

¹² Hallgarten/Radkau, *Industrie*, S. 437.

¹³ Gillingham, *Europäisierung*, S. 188.

strikapitalismus“ gegangen sei¹⁴, die einen Bruch mit der Kartelltradition impliziert habe. Die vorliegende Arbeit versucht, die Klärung dieser Frage voranzutreiben. So wird auf der einen Seite nachgewiesen, daß manche Stahlindustrielle und die WVESI durchaus mit der Reorganisation eines internationalen Stahlkartells liebäugelten, daß jedoch insbesondere die französische Verhandlungsdelegation – von der deutschen hierin allerdings unterstützt – während der Schumanplan-Konferenz die vertragliche Verankerung von Kartellelementen in einem Ausmaß zu verhindern wußte, mit dem viele westdeutsche Stahlindustrielle nicht einverstanden waren. In engem Zusammenhang mit der Kartellfrage stand ein zweites „essential“ stahlindustrieller Konzepte: Es sollte versucht werden, staatlichen Einfluß auf die interindustrielle Kooperation auszuschließen oder doch möglichst gering zu halten. Auch in dieser Hinsicht waren sich die westdeutschen Stahlindustriellen zunächst keineswegs gewiß, ob ihnen der EGKS-Vertrag „genügend“ Spielraum lassen würde. Mit anderen Worten, der Schumanplan enthielt sowohl Elemente der Kontinuität als auch der Diskontinuität; in der Praxis mußte es sich zeigen, wo das Übergewicht lag.

Obgleich die Rekonstruktion des brancheninternen Diskussions- und Entscheidungsprozesses und die daraus resultierenden Aktivitäten der WVESI oder einzelner Stahlindustrieller im Mittelpunkt der Untersuchung stehen, wird auch, vor allem durch die Analyse der Schumanplan-Verhandlungen, die intergouvernementale Ebene beleuchtet¹⁵. Wie groß letztlich der „Einfluß“ der Wirtschaftsvereinigung oder einzelner Schwerindustrieller auf die Verhandlungen und das Ergebnis war, kann nicht sicher beantwortet werden, solange nicht der Entscheidungsprozeß innerhalb der Bundesregierung und der Verhandlungsdelegation auf der Grundlage der staatlichen Überlieferung zum Schumanplan gründlich erforscht ist¹⁶. Da die „großen Linien“ der Adenauerschen Politik der Westintegration den Interessen „der“ Industrie entsprachen, ist indessen zu vermuten, daß ständige Einflußnahme ohnehin überflüssig und „äußerlich eine relative Distanz zwischen Wirtschaft und Politik“ möglich war¹⁷. Die Haltung „des“ Bergbaus zur Frage der europäischen Zusammenarbeit wird in der folgenden Studie nur gestreift, obwohl die Kohlenindustrie mit der Eisen- und Stahlindustrie traditionellerweise eng verflochten war. Abgesehen davon, daß diese Arbeit der Frage nachgehen will, wie sich ein „freier“, privatwirtschaftliche Interessen repräsentierender Unternehmerverband die europäische Zusammenarbeit vorstellte, führten beide Branchen in den Jahren 1945 bis 1952 doch ein recht ausge-

¹⁴ Volker R. Berghahn, *Montanunion und Wettbewerb*, in: Helmut Berding (Hrsg.), *Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 1984, S. 247–270, hier S. 270; ders., *Unternehmer*, bes. S. 112–152.

¹⁵ Umgekehrt verfährt die verdienstvolle Studie von Hanns Jürgen Küsters, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982, für die Entstehungsphase der EWG.

¹⁶ Erste Ergebnisse liefert Berghahn, *Unternehmer*.

¹⁷ Hallgarten/Radkau, *Industrie*, S. 465. Vgl. auch Arnulf Baring, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie*, Bd. 2, München 1971 (Taschenbuchausgabe), bes. S. 50–58. Grundsätzlich vgl. Dieter Piel, *Die außenpolitische Rolle der Wirtschaftsverbände*, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Außenpolitik*, München-Zürich 2. Aufl. 1976, S. 206–215; Kurt P. Tudyka, *Gesellschaftliche Interessen und Auswärtige Beziehungen*, Nijmegen 1978.

prägtes Eigenleben. Daß letzteres in erster Linie auf entsprechende Vorstellungen und Maßnahmen der Besatzungsmächte zurückzuführen war, ändert nichts an diesem Sachverhalt. Die Entwicklung im Bergbau wird also nur insoweit Berücksichtigung finden, wie die Eisen- und Stahlindustrie von ihr tangiert wurde¹⁸.

Während die Jahre 1945 bis 1950 unter den hier interessierenden Fragestellungen noch kaum erforscht sind, existiert speziell zu den Anfängen der Montanunion eine umfangreiche zeitgenössische Literatur: Eine 1953 erschienene Bibliographie führt allein 1303 Bücher, Broschüren, Aufsätze und amtliche Unterlagen auf¹⁹. Aus der seither erschienenen – überwiegend englischsprachigen – Literatur ragt die immer noch beeindruckende und unverzichtbare Studie von Diebold aus dem Jahr 1959 heraus²⁰; wichtige Ergebnisse und Interpretationen liefern auch die nicht ausschließlich dem Schumanplan gewidmeten Arbeiten von Willis und Ziebur, die integrations-theoretisch orientierte Studie von Haas sowie die politökonomisch inspirierte Skizze der Integrationsgeschichte bis zur EWG-Gründung von Statz²¹. Schließlich gestatten die Erinnerungen Adenauers und Monnets Memoiren aufschlußreiche Einblicke in Motivationen und Zielsetzungen des Einigungsprozesses²². Kaum noch überschaubar ist die Literatur zur Integrationstheorie; eine hilfreiche Schneise schlug vor kurzem Pollard²³. In jüngster Zeit hat das Interesse an den Ursprüngen der Montanunion wieder zugenommen – eine Folge der Öffnung der Archive und möglicherweise auch der durch die Stahlkrise angeregten Suche nach Krisenlösungsstrategien. Während sich einige Beiträge vorwiegend auf der makropolitischen und -ökonomischen Ebene bewegen und sich im wesentlichen auf die gängige Literatur stützen²⁴ oder, bei aller Berücksichtigung zumindest veröffentlichter Quellen, eher der „heroischen“ Integra-

¹⁸ Zum Bergbau vgl. neuerdings Werner Abelshauser, *Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung*, München 1984; Werner Milert, *Die verschenkte Kontrolle. Bestimmungsgründe der britischen Kohlenpolitik im Ruhrbergbau 1945–1947*, in: Petzina/Euchner, *Wirtschaftspolitik*, S. 105–119.

¹⁹ Bibliographie zum Schumanplan 1950–1952, bearb. v. Institut für europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt/Main 1953.

²⁰ William Diebold, Jr., *The Schuman-Plan. A Study in Economic Cooperation 1950–1959*, New York 1959.

²¹ Willis, France; Gilbert Ziebur, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*. Pfullingen 1970; Ernst B. Haas, *The Uniting of Europe*, Stanford/Cal. 1958; Albert Statz, *Zur Geschichte der westeuropäischen Integration bis zur Gründung der EWG*, in: Frank Deppe (Hrsg.), *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Zur politischen Ökonomie der westeuropäischen Integration*, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 110–174.

²² Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, Stuttgart 1965; Jean Monnet, *Erinnerungen eines Europäers*, München-Wien 1978.

²³ Sidney Pollard, *Probleme der europäischen Integration im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Berding, *Integration*, S. 9–33.

²⁴ Carsten Lüders, *Die Bedeutung des Ruhrstatuts und seiner Aufhebung für die außenpolitische und außenwirtschaftliche Emanzipation Westdeutschlands (1948–1952)*, in: Manfred Knapp (Hrsg.), *Von der Bizonengründung zur ökonomisch-politischen Westintegration*, Frankfurt/Main 1984, S. 95–185, bes. S. 145 ff.; Bernhard Welschke, *Außenpolitische Einflußfaktoren auf die Entwicklung der westdeutschen Außenwirtschaftsbeziehungen in der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland (1949–1952)*, in: ebenda, S. 187–286, bes. S. 220 ff.

tionsliteratur zuzurechnen sind²⁵, markieren die zitierten Arbeiten von Gillingham und Berghahn sowie das bedeutende Buch von Milward²⁶ die Anfänge einer kritischen, quellenorientierten Forschung zu den Ursprüngen der Montanunion. Die vorliegende Studie versteht sich als weiterer Beitrag zu dieser kritischen Neubewertung der Integrationspolitik²⁷.

Die folgende Darstellung stützt sich in erster Linie auf Akten aus dem Privatarchiv des damaligen Hauptgeschäftsführers der WVESI, Wilhelm Salewski²⁸, und aus dem Nachlaß Günter Henles im Klöckner-Archiv. Eine zweite wichtige Quellengruppe bilden einschlägige Unterlagen aus staatlichen Archiven, vor allem aus dem Bundesarchiv und dem Hauptstaatsarchiv Düsseldorf.

Abschließend noch einige Bemerkungen zum Verständnis häufig verwendeter, zentraler Begriffe: Der Terminus „europäische Integration“ wird in seiner heutigen umgangssprachlichen Bedeutung verwandt und meint jenen 1947 einsetzenden, neuartigen Prozeß westeuropäischer Gemeinschaftsbildung, dessen Ziel bekanntlich unterschiedlich definiert wird. Für lockerere, „niederere“ Formen und Konzepte des internationalen Zusammenwirkens von Staaten, Verbänden, Industriesektoren oder Unternehmen werden Begriffe wie „Verständigung“, „Zusammenarbeit“, „Kooperation“ und „Verflechtung“ benutzt. Anstelle der Bezeichnung „Eisen- und Stahlindustrie“ werden zuweilen auch die Begriffe „Schwerindustrie“ oder „Ruhrindustrie“ verwandt; wenn der Bergbau ausdrücklich einbezogen werden soll, wird der Terminus „Montanindustrie“ gebraucht. Die Begriffe „Unternehmer“, „Industrieller“ und „Konzernvertreter“ werden synonym angewandt, es wird nicht zwischen Unternehmer- und Managerfunktionen unterschieden; ob eine solche Differenzierung signifikante Unterschiede im Hinblick auf bevorzugte Kooperations- und Integrationsstrategien oder auf die Einstellung gegenüber Kartellen zutage fördern würde, muß offenbleiben. „Wirtschaftsvereinigung“ meint immer die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie.

Die vorliegende Studie ist die gekürzte und überarbeitete Fassung meiner im Januar 1985 vom Fachbereich Geschichtswissenschaft der Universität Hamburg angenommenen Dissertation. Prof. Dr. Arnold Sywottek hat die Arbeit angeregt und ihre Entstehung stets hilfsbereit und mit kritischem Interesse begleitet. Prof. Dr. Manfred Knapp hat sich als Zweitgutachter nicht hinter vorgeschriebenen Fristen verschanziert, als die Zeit drängte. Beider Verhalten ist nicht selbstverständlich, um so mehr habe ich ihnen zu danken, ebenso Dr. Ludolf Herbst (München) und Dr. Wolfgang Krumbein (Göttingen) für kritische Hinweise und Anregungen.

²⁵ Mittendorfer, Schuman. Nicht auf Quellen, sondern auf persönlichen Informationen beruhend Hans Dichgans, *Montanunion. Menschen und Institutionen*, Düsseldorf-Wien 1980.

²⁶ Alan S. Milward, *The Reconstruction of Western Europe 1945–1951*, London 1984.

²⁷ Vgl. dazu allgemein den verdienstvollen Aufsatz von Hans-Peter Schwarz, *Die europäische Integration als Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung. Forschungsstand und Perspektiven*, in: VfZ 31 (1983), S. 555–572.

²⁸ Es handelt sich dabei um etwa 15 Ordner; bei der WVESI selbst erhielt ich keinen Zugang zu unveröffentlichten Quellen.

Oft hängt die Qualität einer Untersuchung nicht zuletzt davon ab, welches Material benutzt werden konnte. Ohne die bemerkenswerte und spontane Bereitwilligkeit, mit der mir der kürzlich verstorbene ehemalige Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Dr. Wilhelm Salewski, seine umfangreichen und wertvollen Unterlagen zur Verfügung gestellt hat, hätte dieses Buch in der vorliegenden Form nicht entstehen können. Danken möchte ich auch den Mitarbeitern privater und staatlicher Archive und Bibliotheken, die bei meinen Recherchen behilflich waren, allen voran Frau Hildegunde Nuth vom Klöckner-Archiv.

Viele Verwandte und Freunde haben mir während der Arbeit an diesem Buch in unterschiedlicher Weise geholfen; stellvertretend sei meinen Eltern, Frau Edith Adam und Renate und Bernd Dewitz gedankt. Besondere Dankbarkeit empfinde ich gegenüber meiner Frau, Ute Bühner, deren Vertrauen, Zuspruch und Hilfe für mich sehr wichtig waren. Bei meinen Kindern Katharina, Franziska und Philine möchte ich mich dafür entschuldigen, daß mir oft die nötige Zeit und Ruhe für sie gefehlt hat.